

# Riesaer Tageblatt

Drahtauschrift  
Tageblatt Riesa.  
Sternus Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amthauptmannschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche Blatt.

Hofrichteramt:  
Dresden 1580.  
Girokasse:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 270.

Montag, 19. November 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlussgebühr. Für den Fall des Eintretens von Reparationsverhandlungen, Erhöhung der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabenabends sind bis 9 Uhr mittags aufzuhängen und im vorauß zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 zum Preise, 20 zum halben Grundpreis (6 Silber) 20 Gold-Pfennige; die 20 zum halben Pfennig 100 Gold-Pfennige; Zeitraubende und tabellarische S. 50% Aufschlag. Zeiteinteilung: 1. Tag: 10 Pfennige; 2. Tag: 15 Pfennige; 3. Tag: 20 Pfennige; 4. Tag: 25 Pfennige; 5. Tag: 30 Pfennige; 6. Tag: 35 Pfennige; 7. Tag: 40 Pfennige; 8. Tag: 45 Pfennige; 9. Tag: 50 Pfennige; 10. Tag: 55 Pfennige; 11. Tag: 60 Pfennige; 12. Tag: 65 Pfennige; 13. Tag: 70 Pfennige; 14. Tag: 75 Pfennige; 15. Tag: 80 Pfennige; 16. Tag: 85 Pfennige; 17. Tag: 90 Pfennige; 18. Tag: 95 Pfennige; 19. Tag: 100 Pfennige; 20. Tag: 105 Pfennige; 21. Tag: 110 Pfennige; 22. Tag: 115 Pfennige; 23. Tag: 120 Pfennige; 24. Tag: 125 Pfennige; 25. Tag: 130 Pfennige; 26. Tag: 135 Pfennige; 27. Tag: 140 Pfennige; 28. Tag: 145 Pfennige; 29. Tag: 150 Pfennige; 30. Tag: 155 Pfennige; 31. Tag: 160 Pfennige. Bezugspreis auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückholung des Bezugspreises. Postanschluß und Beratung: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeichen: Wilhelm Hittich, Riesa.

## Antwort oder keine Antwort?

Wenn, was leider „infolge technischer Schwierigkeiten“ in London nicht gelingen konnte, die deutsche Reichsregierung auch noch in den Besitz des englischen Memorandum gekommen wäre, so lägen heute in Berlin drei getrennt überreichte Denkschriften vor, die alle auf den Kompetenzbereich des geplanten Reparationsausschusses eingehen, die aber nichtsdestoweniger, wie aus Paris und Brüssel verlautet, keine Antworten auf die letzten deutschen Schritte darstellen lassen. Die französische und die belgische Regierung (die englische wird noch nachholen) haben der Reichsregierung diese Denkschriften zugestellt, in dem sichlichen Bestreben, sie als völlig inoffizielle Schreiben aufzufassen zu sehen. Damit wollen diese Regierungen sagen, daß Deutschland den Inhalt dieser Schreiben nicht als die offizielle Auslegung der Stellungnahme der Gläubigerregierung zur Darstellung angesehen hat, sondern lediglich als eine zu nichts verpflichtende Denkschrift, die nur gewisse Ansichten dieser Regierungen dem Berliner Kabinett zur Kenntnisnahme übermittelt. Dieses seitliche Vorgehen Frankreichs, Belgien und Englands ist auf ganz bestimmte Tatsachen tafflicher Natur zurückzuführen. Deutschland hat vor einiger Zeit durch seine Botschafter die englische und die französische Regierung wissen lassen, daß es die völlige Freiheit der geplanten Sachverständigenkommission vorwerfen müsse, und daß es auf keinen Fall sich schon jetzt für irgendwelche Leistungen im vorauß binden könnte. Diese deutsche Mitteilung ergab sich aus dem Verlust Londons und Paris, die geplante Festlegung der Endsumme der Reparationsleistungen schon vor dem Julientermin des Sachverständigenausschusses zu treffen. Für diese Festlegung der Summe war für die französische und englische Regierung allein maßgebend, was sie selbst an Schulden an die Vereinigten Staaten von Amerika zu tilgen haben, selbstverständlich zusätzlich den Kosten, die Frankreich für die Wiedergutmachung der angeblichen Attentäters ausgerechnet hat. Frankreich und England (ihnen schloß sich selbstverständlich Belgien an) lösten also das Reparationsproblem von seinen eigentlichen Grundlagen ab und stellten es auf eine Materie, die ursprünglich nicht das Wichtigste mit den Dingen zu tun hat, die nun einmal im Reparationsproblem zusammengeschlossen sind. Kurz gesagt: das von Washington stets als untragbar bezeichnete haben die Regierung von England, Frankreich und Belgien doch verucht: sie haben die Verpflichtungen Deutschlands auf Grund der Friedensverträge mit dem interessierten Schuldenproblem verquatscht, ihre Schulden an Amerika als Grundlage für die Festlegung der deutschen Reparationssumme genommen und haben so verucht, schon vor dem Julientermin des Sachverständigenausschusses eine deutsche Leistung zu konstruieren, die nur die Forderungen der ehemaligen europäischen Alliierten berücksichtigt, keineswegs aber die wirkliche Leistungsfähigkeit des Reiches.

Diese Verküche in England und Frankreich waren schon weit gediehen, sie sind vielleicht auch schon weiter gekommen, als man weiß. Gleich der deutschen Schritte in London und Paris war es nun, plötzlich Licht auf die Verhandlungen zu werfen, unter denen allein Deutschland überhaupt bereit wäre, sich an den Arbeiten eines Sachverständigenausschusses zu beteiligen. Deutschland ließ also keinen Zweifel über seine Ansicht, daß es sich weder an die Balfour-Note noch an das von Frankreich aufgestellte Prinzip seiner Schuldenbilanz gebunden halten könne. Nach Deutschlands Meinung hat der Sachverständigenausschuß nur die eine Aufgabe, nämlich festzustellen, was Deutschland nach dem Wegfall der Transferlasten ohne seine Wirtschaft und seine Zahlungsbilanz zu ruinieren, wirtschaftlich zahlen kann. Die Selbststättung allein kann Deutschland als die Grundlage für die endgültige Festlegung seiner Schuldensumme betrachten. Im übrigen hat die Reichsregierung die ehemaligen Alliierten darauf aufmerksam gemacht, daß solche Forderungen, wie sie London und Paris aufgestellt haben, vermutlich die Teilnahme eines amerikanischen Abschlußmittleins unmöglich machen würden. Die Überreichung des französischen und belgischen Memorandums, der in Kürze das englische folgen soll, stellt nun eine Antwort der ehemaligen europäischen Alliierten dar, die, wie sie allerdings beobachten, keine Antwort sein soll. Da, wie sie durch ihre Presse erklären lassen, die „eigentliche“ Antwort, also die offizielle Denkschrift, erst noch erfolgen soll! Vermutlich soll die offizielle Antwort an Deutschland so gehalten sein, daß sie dem Reich jeden Vorwand nimmt, sich etwa von der Teilnahme an den Arbeiten des Sachverständigenausschusses zurückzuziehen. Da London, Paris und Brüssel Deutschland einiges zu fagen haben, was unter Umständen Deutschland bewegen könnte, den Plan des Sachverständigenausschusses fallen zu lassen, so haben sie zu dem Mittel mit dem Memorandum gegripen. Deutschland werden in diesen Schriftstücken die Bedingungen mittelekt, die Schriftstücke werden über als inoffiziell bezeichnet, um so doch Deutschland die Möglichkeit zu geben, die Sache weiter zu verfolgen. Ein verteufelt geschickter Schachzug!

Soll nun die Reichsregierung diese Mitteilungen als die Antwort betrachten, was sie auch der Sache nach sind, oder soll sie mit Stillschweigen über sie hinweggehen, was sie ja dann, da sie „inoffiziell“ sind. Betrachtet das Reich die Mitteilungen als Antwort, so dürfte es zur Kenntnis genommen haben, daß seine Stellungnahme über den Aufgabenbereich des Sachverständigenausschusses von den Verhandlungen gegenwärt nicht geteilt wird. Geht es über sie mit Stillschweigen hinweg, so kann dieses Stillschweigen später bei den Verhandlungen des Sachverständigenausschusses

## Die Aussperrung und ihre Auswirkungen.

Arnoldsberg. In einer behördlichen Stellungnahme der Regierung Arnoldsberg zu den Auswirkungen der Aussperrung innerhalb der Gruppe Nordwest heißt es: Anfangs des Regierungsbezirks Arnoldsberg sind 69 587 Arbeiter von der Aussperrung betroffen. Eine größere Anzahl mittlerer und kleinerer Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie, die nur zum Teil dem Arbeitgeberverband Nordwest angehören, und besonders die Unternehmungen, die auf eigene Rechnung in größeren Werken Arbeiten verrichten, haben inzwischen aus Rohstoffmangel usw. ihre Arbeiter entlassen müssen. Von einigen Werken wurde die Entlassung nur als vorbereitende Maßnahme erklärt, andere gaben die Zusicherung, daß nach Wiederbeginn der Arbeit in den Nordwestgruppe auch sie die Arbeit wieder sofort aufnehmen würden, und daß sie das Arbeitsverhältnis im Sinne des Rahmenarbeitsvertrages als nicht unterbrochen betrachten. Von diesen mittelbaren oder unmittelbaren Folgeerscheinungen wurden bisher insgesamt 20 688 Arbeiter betroffen, so daß sich die Zahl der Ausgeperchten oder infolge der Aussperrung entlassenen Arbeiter innerhalb des Regierungsbezirks Arnoldsberg auf 90 275 beläßt. Eine Anzahl Kokereien und ihre Betriebe teilweise stillgelegt oder die Produktion eingeschränkt, ohne aber wenigstens zum größten Teil bisher Arbeitsentlassungen vorgenommen, so daß dadurch eine namhafte Steigerung der Bollerwerbslosigkeit bisher vermieden wurde. Stärker und anhaltender zeigten sich die Auswirkungen der Aussperrung beim Ruhrbergbau, im besonderen bei den Güttenteichen. Ein großer Teil dieser Bergwerke hat bisher durchschnittlich zwei bis drei Heizstrecken pro Woche eingegangen, doch ist ein völliges Stilllegen der Betriebe, mit Ausnahme der Bergwerke die im Besitz der stillgelegten Konzerne sind, bisher nicht eingetreten. Die Gesamtzahl der Heizstrecken beläßt sich einschließlich des 15. November auf 178 182. Eine Anzahl kleinerer und mittlerer Betriebe hat die Entlassung der Gesamtbelegschaft in abschließender Zeit angekündigt. In wachsendem Maße haben auch die Verkehrseinrichtungen (Eisenbahnen, Hafenbetriebe, Binnenschiffahrt usw.) Arbeitsbeschrankungen vornehmen müssen. Auf einzelnen Bahnhöfen ruht jeglicher Güterverkehr; auch der Straßenbahnverkehr mußte in einigen Städten in starkem Maße eingeschränkt werden. Der Rohstoffmangel wirkt zur Zeit besonders lärmend auf die mittleren Fabriken und Betriebe des Sauerlandes und Siegerlandes. Bisher haben 65 Betriebe unter Beratung auf den Zollkampf im Gebiete Nordwest Stilllegungsanträge eingebracht, die zur Zeit noch geprüft werden. Durch diese Still-

legung würden etwa 10 000 Arbeiter betroffen. Zu Störungen der Ruhe und Ordnung ist es innerhalb des Regierungsbezirks Arnoldsberg bisher nicht gekommen. Störungsversuche der Kommunisten, wie sie aus Dortmund, Bochum u. a. gemeldet werden, scheiterten bisher an der bestimmen Haltung der Ausgeperchten.

## Die Lage im Eisenkontakt.

Über die erste gemeinsame Besprechung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Nordwestlichen Gruppe wird berichtet: Während noch vor dem Beginn der Verhandlung in Gewerkschaftskreisen allgemein mit einem ergebnislosen Bruch der Vermittlungsaktion des Regierungspräsidenten gerechnet wurde, ist es nunmehr gelungen, ein positives Verhandlungsergebnis herbeizuführen und eine gewisse Annäherung der Parteien zu erreichen. Es wurde eine kleine Kommission gebildet, die umgebend in die Verhandlungen, die den gelungenen Tragkomplex zum Gegenstand haben, eintreten wird.

Der „Nordwestdeutsche Zeitung“ zufolge sind die gewerkschaftlichen Stellen zu der Erfahrung gekommen, von dem Rechtsmittel der Sprachrevision keinen Gebrauch zu machen, sondern Berufung an das Landesarbeitsgericht Duisburg zu stellen. Der Entschluß, Berufung einzulegen, ermöglicht den Gewerkschaften, in zweiter Instanz den gemeinsamen Sachverhalt noch einmal vorzutragen.

## Die Regelung der Unterstützung für die Ausgeperchten.

Essen. (Funkspurk) Zur Regelung der Unterstützung für die Ausgeperchten hat heute vormittag im Verbandspräsidium des Siedlungsverbandes Ruhrköhlensberg unter dem Vorsitz des Wohnungsministers Hirthaler eine Verhandlung der Vertreter der Zentralbehörden des Reiches und Preußen, des Verbandspräsidenten und der beteiligten Regierungspräsidenten stattgefunden. Es wurde im wesentlichen eine Einigung erzielt. Hieran schlossen sich im Rathause zu Essen mit den beteiligten Kommunalverbänden Verhandlungen an, die um die Mittagspause noch andauerten.

Die Verhandlungen sollen nach einer kurzen Mittagspause fortgesetzt werden.

## Ein neues Flottenbauprogramm nötig.

Als Deutschland durch den Versailler Friedensvertrag fast seine gesamte Flotte verlor und gleichzeitig durch die Abtrennung Ostpreußens in zwei Teile zerfiel, tauchte bereits damals die Frage auf, wie es möglich wäre, die von dem Großteil des Reiches abgetrennte Provinz Ostpreußens im Falle kriegerischer Verwicklungen, deren Wahrscheinlichkeit bei der politisch stark ausgespannten Lage im Osten durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, zu schützen, zumal noch dazu kam, daß gleichzeitig auch die Landstreitkräfte eine wesentliche Zahlenmehrheit erhielt. Gelegenheit der Verhandlung der Panzerkreuzerfrage im Reichstag ist nun wiederholt diese ganze Angelegenheit in den Brennpunkt der politischen Erörterungen getreten. Dabei ist nicht nur bekannt geworden, daß die Stellungnahme des Reichspräsidenten besonders auf der Tatsache des unbedingt notwendigen militärischen Schutzes der Provinz Ostpreußens beruht, sondern auch daß das Eintreten des Reichswehrministers für den Panzerkreuzerbau zum allergrößten Teil von dem Gesichtspunkt ausgeht, im Falle kriegerischer Verwicklungen im Osten eine handige Verbindung dieses Landesteiles mit dem übrigen Deutschland militärisch zu sichern.

Befürchtet haben nun gelegentlich der Panzerkreuzer-debatte sowohl die Deutschnationalen als auch insbesondere die Wirtschaftspartei Anträge an die Reichsregierung gestellt, die einen planmäßigen Ausbau der deutschen Kriegsflotte im Rahmen des durch den Verfaßter Vertrag vorgesehenen Umfang noch dazu mit dem ausdrücklichen Hinweis auf den erforderlichen maritimen Schutz Ostpreußens beauftragt. Wie wir von gut unterrichteter Regierungstelle hierzu erfahren, soll sich der Reichswehrminister neuerdings diese Vorschläge zu eigen gemacht haben.

Bei der Verwirklichung dieser Vorschläge wird man natürlich in erster Linie berücksichtigen müssen, daß sie lediglich in einem Programm, das auf lange Sicht eingekettet ist,

Verwicklungen finden können. Auf Grund der von uns an aufständiger Stelle eingezogenen Erkundigungen steht fest, daß fast unser gesamtes Kriegsschiffmaterial zur Zeit vollkommen überaltert ist. Bei einem vom Reichswehrminister zu propagierenden Flottenbauprogramm wird es sich also aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem um die Errichtung von größeren Mitteln für unbedingt notwendige Erneuerungen handeln. Das bei diesen Erneuerungen sämtliche technischen Neuerungen auf dem Gebiete des Kriegsschiffbaus berücksichtigung und Anwendung finden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, über die wohl keinerlei Zweifel herrscht. In maritimen Sachverständigenkreisen herrscht allerdings vielfach die Ansicht vor, daß es mit diesen Erneuerungen nicht allein getan sein wird, sondern daß man unbedingt danach freien müsse, unter eingehender Begründung der bei einem ersten Konflikt sehr gefährdeten Lage Ostpreußens von den Ententemächten die Genehmigung zu einem erweiterten Flottenbauprogramm zu erhalten.

Selbstverständlich kann man heute bereits voranstellen, daß ein beratiges Bemühen der deutschen Reichsregierung wohl auf sehr große Schwierigkeiten stoßen wird. Auch darauf muß man schließlich rechnen, daß ein derartig ausgedehntes Flottenbauprogramm bei gewissen antimilitärisch eingestellten Kreisen Deutschlands auf Widerstand stoßen würde. Daß es sich bei dieser ganzen Angelegenheit nicht nur um eine rein persönliche Prestigefrage des Reichswehrministers handelt, wie man sie ihm in der berüchtigten Panzerkreuzerfrage vielfach glaubte anzuhören zu müssen, dürfte unter Hinweis auf die tatsächlich außerordentlich bedrohte politische Lage Ostpreußens durchaus erklärlich sein.

Selbstverständlich kann die Vorlage eines neuen deutschen Flottenbauprogramms erst dann erfolgen, wenn sich sowohl die innen als auch die außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands etwas mehr geöffnet haben.

gegen Deutschland gebraut werden. Wird sich die Wilhelmstraße richtig verhalten?

## Die ersten Ergebnisse der Berliner Kirchenwahlen.

Am Sonntag haben in Großberlin und im übrigen Reich der preußischen Landeskirchen Neuwahlen zu den kirchlichen Ämtern stattgefunden. In einem großen

Teil Berlins hatten sich die Kirchenpolitischen Gruppen auf eine Einheitsliste geeinigt, sodaß hier eine eigentliche Wahlhandlung nicht notwendig war. In mehreren Gemeinden war die Beteiligung außerordentlich lebhaft. Sie liegt z. B. in einer Gemeinde auf 75 Prozent. Nach den vorliegenden Meldungen sind in 104 von zusammen rund 140 großberliner Gemeinden gewählt. Politisch 2830, evangelisch 2900, Freunde der freien Kirche 1035, Bund für deutsche Kirche 27, Ueberchristliche 1612.